

Nr. 17/713**Fragestunde**

1. Influenza-Pandemie – Vorsorge in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 29. April 2009
2. Inhalt und Kosten der Kampagne „Bremen will Dich“
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 29. April 2009
3. Berücksichtigung von Schulen in freier Trägerschaft beim Konjunkturpaket
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2009
4. Quereinsteiger als Lehrkräfte
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Claas Rohmeyer, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2009
5. Impfquoten bei den Schuleingangsuntersuchungen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2009
6. Zentrum für Marine Umweltwissenschaften (MARUM)
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2009
7. Berufsbezug beim Hochschulzugang ohne Abitur
Anfrage der Abgeordneten Silke Allers, Dr. Iris Spieß, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2009
8. Gründung eines Deichverbandes in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Sybille Böschen, Martin Günthner, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 5. Mai 2009

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Mutter-Kind-Zentrum in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 5. Mai 2009
10. Arbeitsplätze in der bremischen Rüstungsindustrie
Anfrage der Abgeordneten Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE. vom 5. Mai 2009
11. Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 7. Mai 2009
12. Girls' Day
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Mustafa Güngör, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 7. Mai 2009

13. Einbeziehung von Bremerhaven in die Schwerpunktmittel für Schulentwicklung
Anfrage der Abgeordneten Walter Müller, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE. vom 12. Mai 2009
14. Öffentlichkeit der Fluglärmkommission
Anfrage der Abgeordneten Jens Dennhardt, Max Liess, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 12. Mai 2009
15. Paralleles Landesprogramm zu „STÄRKEN vor Ort“
Anfrage der Abgeordneten Inga Nitz, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE. vom 19. Mai 2009

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 17/714

Gesetz zur Neuregelung des Volksentscheids

Antrag des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“

vom 4. November 2008

(Drucksache 17/594)

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 14. Mai 2009

(Drucksache 17/783)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Punkte 1 bis 4 des Änderungsantrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Artikel 1 und 4 des Gesetzes in zweiter Lesung.

Nr. 17/715

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Erleichterung der Volksgesetzgebung

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung – Neuregelung des Volksentscheids –

vom 8. Mai 2009

(Drucksache 17/773)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung – Neuregelung des Volksentscheids – Kenntnis.

Nr. 17/716

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – ein Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Mitteilung des Senats vom 12. Mai 2009

(Drucksache 17/779)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/717

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungszentren

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. Mai 2009
(Drucksache 17/803)
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/718

Heimgesetz jetzt vorlegen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. Mai 2009
(Drucksache 17/782)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/719

Soziale und ökologische Reform des bremischen Vergaberechts

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 12. Mai 2009
(Drucksache 17/775)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen (federführend) und die staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit und für Bau und Verkehr.

Nr. 17/720

Bürokratie abbauen – Bremisches Verwaltungsverfahrensgesetz modernisieren!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Mai 2009
(Drucksache 17/790)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/721

Verlängerung der Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge vor dem Hintergrund der Finanzkrise

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 20. Mai 2009
(Drucksache 17/791)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Bundesratsinitiative für die Verlängerung der Frist der gesetzlichen Altfallregelung nach § 104 a Abs. 5 Satz 2 AufenthG auf den 31. Dezember 2011 bzw. auf „seit 1. April 2011“ sowie für die Verlängerung der Frist des § 104 b Ziffer 1 auf „am 1. Juli 2009“ zu ergreifen.
2. sich auf Bundesebene bei der Abfassung der Verwaltungsvorschriften zu § 104 a Abs. 5 Satz 2 und 3 AufenthG dafür einzusetzen, die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung so zu ändern, dass der Übergang von der „Aufent-

haltserlaubnis auf Probe“ in die Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich erleichtert wird.

Nr. 17/722

Arbeitsplätze bei Karstadt erhalten – Insolvenz verhindern!

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 27. Mai 2009
(Drucksache 17/804)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Mai 2009

(Drucksache 17/806)

u n d

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 28. Mai 2009

(Drucksache 17/807)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) sieht im für die Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft gegründeten Wirtschaftsfonds Deutschland ein geeignetes Instrumentarium, um den Fortbestand des Unternehmens zu sichern.

Vor diesem Hintergrund bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat, seine intensiven Bemühungen für einen Erhalt der Karstadthäuser in Bremen und Bremerhaven bei der Bundesregierung fortzusetzen, um die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und zugleich eine Entwicklung der Innenstädte vorantreiben zu können.

Nr. 17/723

Kinder brauchen Bewegung: Schulsport darf nicht geschwächt werden

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Mai 2009
(Drucksache 17/794)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung.

Nr. 17/724

Investitionen in die Zukunft sicherstellen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Mai 2009
(Drucksache 17/795)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 28. Mai 2009

(Drucksache 17/805)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass das Verhandlungsergebnis zum Hochschulpakt für Bremen sehr erfolgreich war.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die Weiterführung des Hochschulpakts, der Exzellenzinitiative und des Pakts für Forschung und Entwicklung einzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, zeitgleich mit den Ministerpräsidenten der Länder die Bund-Länder-Vereinbarungen zum Hochschulpakt und zur Exzellenzinitiative zu unterzeichnen sowie dem Pakt für Forschung und Innovation zuzustimmen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, auf der Ministerpräsidentenkonferenz die Bund-Länder-Vereinbarungen zum Hochschulpakt und zur Exzellenzinitiative zu unterzeichnen und dem Pakt für Forschung und Innovation zusammen mit den anderen Ländern in Abwägung Bremer Interessen grundsätzlich zuzustimmen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass eine Erhöhung der Forschungsförderung nicht zu einer Verschlechterung der Bedingungen in der Lehre der Bremer Hochschulen führen darf.

Nr. 17/725

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Bericht des Senats zur A 281 vorlegen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 26. Mai 2009

(Drucksache 17/797)

